

Was läuft eigentlich gut?

Am Sonntag werden in Deutschland die Abgeordneten für das EU-Parlament gewählt. In den Debatten vor der Wahl geht es häufig um die Frage, was an der Europäischen Union alles schlecht ist. Mit dieser Seite setzen wir bewusst einen Kontrapunkt: Wir fragen die heimischen EU-Kandidaten und andere Ansprechpartner: „Was haben wir Allgäuer von der EU?“

Vorteile für jeden Einzelnen

„Europa ist eine Erfolgsgeschichte“. Davon ist Ulrike Müller, die Spitzenkandidatin der Freien Wähler (FW) überzeugt. Von der Reisefreiheit bis zum Euro – in Deutschland profitiere im Prinzip jeder Einzelne vom Schulterschluss auf dem Kontinent. Und natürlich ziehe auch das Allgäu erhebliche Vorteile aus der Gemeinschaft.



Ulrike Müller

Die 51-jährige Landwirtin aus Missen-Wilhams (Oberallgäu) spricht dabei aus eigener Erfahrung. Hat doch auch der Hof ihrer Familie in der Vergangenheit direkte und indirekte Zahlungen aus Brüssel erhalten. Die identischen Rahmenbedingungen für die Bauern seien ein weiteres Plus der EU – allerdings würden diese von zusätzlichen Vorgaben aus München und Berlin verschärft. Die gemeinsame Währung garantiert laut der Landtagsabgeordneten, dass die Allgäuer Wirtschaft in viele Länder „ohne Währungsschwankungen exportieren kann“ – das gebe ein großes Stück Sicherheit. (raf)

Die Bauern profitieren

„Die Landwirte im Allgäu profitieren von der Europäischen Union“, sagt Markus Ferber, Spitzenkandidat der CSU für die Europawahl. Die gemeinsame Agrarpolitik der EU-Staaten Sorge dafür, dass es faire Rahmenbedingungen für Bauern gebe, indem Standortnachteile ausgeglichen werden. „Das Allgäu ist aus Sicht der Landwirtschaft eine geografisch benachteiligte Region“, sagt Ferber – erst die Förderung der hier kleinteilig organisierten Landwirtschaft Sorge dafür, dass die Betriebe wettbewerbsfähig sind mit



Markus Ferber

großen Unternehmen beispielsweise aus Mecklenburg-Vorpommern, die fast industriell produzieren können. Die Landwirte pflegten durch ihre Arbeit auch die Kulturlandschaft Allgäu, die nur so erhalten werden und Touristen anlocken könne.

Auch beim Hochwasserschutz im Allgäu habe die EU geholfen: 20 Millionen Euro habe es allein für Projekte an der B 19 entlang der Iller gegeben, sagt Ferber.

Das Allgäu profitiere aber nicht nur durch Geld aus Brüssel von der EU: „Die Osterweiterung hat dazu geführt, dass die neuen EU-Länder unsere technischen Standards übernommen haben.“ So hätten sich Unternehmen neue Märkte erschließen können – Ferber nennt beispielsweise die Firma Maha aus Haldenwang mit Produkten für die Prüf- und Sicherheitstechnik. Unternehmen profitierten aber auch davon, dass sie beim Export nicht mehr in jedem EU-Land ein aufwendiges Zulassungsverfahren für ihre Produkte beantragen müssten.

Markus Ferber ist seit 1994 Mitglied des EU-Parlaments, seit 1999 Vorsitzender der CSU-Europagruppe im Parlament. Der Bezirksvorsitzende der CSU Schwaben tritt bei der Wahl am Sonntag als Spitzenkandidat der CSU an.



Was haben wir Allgäuer von der EU?

Geld Vieles wird statistisch erfasst, aber auf manche Fragen gibt es keine Antwort

Allgäu Reden wir an dieser Stelle mal nur über Geld. Wie viel bekommt das Allgäu pro Jahr aus Brüssel? Es ist nicht leicht, diese Frage zu beantworten. Bei der Vertretung der Europäischen Kommission in München jedenfalls gibt es keine klare Auskunft – deren Sprecherin verweist auf verschiedene bayerische Behörden, die die Anträge auf Fördergeld bearbeiten. Die Allgäu GmbH könnte es wissen, sie ist schließlich an vielen Projekten beteiligt. Aber auch hier: Fehlanzeige. „Diese Summe wird nicht zentral erfasst, weil unterschiedliche Fördertöpfe angezapft werden“, sagt Geschäftsführer Klaus Fischer.

Einige Zahlen sind aber bekannt: Etwa drei Millionen Euro habe die Allgäu GmbH zwischen 2007 und 2013 aus Brüssel bekommen. Aus dem Leader-Programm, mit dem die Entwicklung des ländlichen Raums gefördert werden soll, sind seit dem Jahr 2000 gut 28 Millionen Euro ins Allgäu geflossen – unter anderem für eine Hängebrücke über die Iller bei Altusried, das Bergbau-

ermuseum in Diepolz bei Immenstadt und den Dorfladen Krugzell. 20 Millionen Euro gab es für den Hochwasserschutz an der B 19 entlang der Iller, berichtet der EU-Abgeordnete Markus Ferber (CSU). Allgäuer Unternehmen seien in den vergangenen Jahren mit zehn Millionen Euro aus dem Topf für Regionalförderung unterstützt worden, und wenn Betriebe Menschen aus benachteiligten Gruppen beschäftigen, können sie Geld aus dem Sozialfonds bekommen. Den größten Batzen Geld aus Brüssel dürften die Allgäuer Landwirte erhalten – aber auch hier gibt es unterschiedliche Töpfe und keine genaue Summe für das Allgäu. Zahlen sind nur auf Länderebene zu erhalten. Ziemlich kompliziert, das alles.

Geld für Brüssel

Vielleicht ist es mit einer anderen Frage einfacher: Wie viel Geld schicken die Allgäuer nach Brüssel? Auch darauf gibt niemand eine klare Antwort. Laut Ferber zahlen wir Deutschen 263 Euro pro Kopf und

Jahr an die EU. 2012 hat das Statistische Landesamt ermittelt, dass im Allgäu 643 000 Menschen leben.

Daraus ergibt sich, dass jedes Jahr 169 Millionen Euro aus der Region an die EU wandern. (hai)



Fördermittel der EU gibt es aus verschiedenen Töpfen: Auch die Allgäuer Landwirte profitieren stark davon. Foto: Ralf Lienert

Standpunkt

VON ULRICH HAGEMER
» hagemer@azv.de
oder Fax (0831) 206-123

Die EU ist besser, als wir sie machen

Es ist paradox: Seit der ersten Europawahl 1979 sinkt die Wahlbeteiligung. Gleichzeitig steigt die Bedeutung des EU-Parlamentes. Die Abgeordneten wirken an über 80 Prozent aller Entscheidungen mit, die unseren Alltag betreffen. Trotzdem werden wohl weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten am Sonntag ihre Stimme abgeben. Woran liegt das?

Das oft beschriebene Demokratiedefizit der EU wird wohl eine Rolle spielen. Wichtige Entscheidungen handeln die Regierungschefs unter sich aus. Deutlich wird das momentan daran, dass zwar zwei „Spitzenkandidaten“ so tun, als kämpften sie um das Amt des Kommissionspräsidenten. Ob dieser

aber tatsächlich von der stärksten Fraktion gestellt wird oder Angela Merkel und Co. die Personalentscheidung treffen, ist nicht klar.

Brüssel gilt auch als Synonym für Bürokratie. Kein Wunder, denn 28 Kommissare schaffen sich ihre Daseinsberechtigung. Allerdings entstammen überstrapazierte Beispiele wie die Gurkenkrümmungsverordnung einer Forderung des deutschen Handels, damit das Gemüse einfacher zu verpacken ist. Nicht jeder Unfug wurde in Brüssel erlassen. Deutsche und oft auch bayerische Auslegungen von Vorschriften machen außerdem vieles schlimmer, als es sein müsste.

Das macht es schwer, die guten Dinge zu bewerben, für die diese

Union steht. Gestartet ist sie als Wirtschaftsgemeinschaft, und deren Nutzen für die Exportnation Deutschland ist groß. Das Wirtschaftsprjekt ist aber auch zum größten Friedensprojekt weltweit geworden. Leider wissen wir die Freundschaft zu unseren Nachbarn, Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit nicht mehr zu würdigen. Dass diese Errungenschaften nicht selbstverständlich sind, erleben wir gerade in der Ukraine.

Vieles an der EU muss verbessert werden, aber die EU ist auch viel besser, als wir sie machen. Es gibt gute Gründe, am Sonntag wählen zu gehen. Damit nicht die Außen-seiter bestimmen können, wohin sich Europa bewegt.

Nachhaltige Projekte fördern

Die im Ostallgäuer Ronsberg gebürtige Barbara Lochbihler sitzt seit 2009 für die Grünen im Europäischen Parlament. „Das Allgäu profitiert in hohem Maße von EU-Fördermitteln und -Subventionen“, sagt sie. Allein im Bereich der Regionalentwicklung seien im Allgäu schon hunderte Projekte mit Hilfe von EU-Geld realisiert worden. Für den neuen Förderzeitraum ab 2014 stehe ein europaweites Gesamtbudget von insgesamt 960 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Grünen setzen sich nach ihren Worten dafür ein, dass „nachhaltige Projekte gefördert und die Programme transparenter und öffentlicher werden“. (mun)



B. Lochbihler

Exportnation profitiert

In gewisser Weise kam der hessische SPD-Chef und Fraktionsvorsitzender im Landtag, Thorsten Schäfer-Gümbel, bei seiner Wahlkampftour mit Stopp in Sonthofen und Kempten in seine Heimat zurück. Denn der 43-Jährige hatte die ersten fünf Jahre seiner Kindheit in Sonthofen verbracht, dann ist die Familie – der Vater war Zeitsoldat – nach Gießen gezogen.

Über „Strukturimpulse“, beispielsweise Förderprogramme, profitiere eine ländliche Region wie das Allgäu in ganz erheblichem Maß von der EU, sagt Schäfer-Gümbel bei einem Redaktionsbesuch der Allgäuer Zeitung. Viele Strukturhilfen seien durch die EU kofinanziert, wie beispielsweise Leader-Projekte zur



T. Schäfer-Gümbel

Stärkung des ländlichen Raums. Eine stark landwirtschaftlich geprägte Region profitiere noch stärker von der EU, behauptet der SPD-Politiker. Er ist überzeugt: „Es wird viel zu wenig darüber geredet, welche Vorteile Deutschland von der EU hat.“ Schließlich sei die Bundesrepublik das Exportland Nummer eins und davon profitierten vor allem die südlichen Bundesländer: Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Eine weitere Rechtfertigung für die EU sieht der Politiker in der „friedensstiftenden Option“. Mit Blick auf die jüngsten Ereignisse in der Ukraine sagt Schäfer-Gümbel: „Ein Land wie Deutschland kann das Wohlstandsmodell ohne die EU in die Tonne treten.“

Schäfer-Gümbel nimmt die häufig von Bürgern geäußerte Kritik an der EU nach eigenen Worten aber ernst. Doch wenn die EU in Brüssel die Zielscheibe der Kritik ist, dann gehe es in Wahrheit darum, wie EU-Recht nationalstaatlich umgesetzt wird. Deutschland neige dazu, alles „120-prozentig“ umzusetzen. Schäfer-Gümbel spricht in diesem Zusammenhang von einer manchmal „unsensiblen Umsetzung vor Ort“. Beispielsweise sei es unverständlich, dass Zertifizierungsfragen in der Milchwirtschaft in Kempten anders angegangen werden als im wenig entfernten, aber baden-württembergischen Isny.

Der hessische SPD-Politiker plädiert für eine „Belebung der europäischen Idee als Bürgerbewegung“ und kritisiert: „In Schulen und in der politischen Bildung spielt Europa eine zu geringe Rolle.“ (mun)

Kooperation über Grenzen

„Das Wichtigste an der EU ist, dass wir viel enger mit unseren Nachbarn aus Österreich, der Schweiz, Italien und anderen Staaten zusammengewachsen sind“, sagt Klaus Fischer, Geschäftsführer der Allgäu GmbH. Unser Bild der Nachbarn habe sich stark gewandelt: Austausch, Freundschaften und Partnerschaften seien heute völlig normal – dabei hätten viele Menschen beispielsweise Italiener noch vor wenigen Jahrzehnten als Fremde betrachtet.

Die EU unterstützt auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Beispiele dafür sind gemeinsam gebaute Kläranlagen oder die gemeinsame Organisation des öffentlichen Nahverkehrs über die deutsch-österreichische Grenze hinweg.

Doch auch der Geschäftsführer Klaus Fischer denkt natürlich ans Geld, wenn er an die EU denkt: Die Allgäu GmbH hat von 2007 bis 2013 drei Millionen Euro aus Brüssel erhalten und damit Projekte im Allgäu umgesetzt. Diese Impulse für die ländliche Entwicklung seien wichtig. (hai)



Klaus Fischer